

Minister

Herrn  
Werner Kalinka, MdL  
Vorsitzender des Innen- und  
Rechtsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Landeshaus  
24105 Kiel

5. Juni 2008

### **Jährlicher Asylbericht des Innenministeriums**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

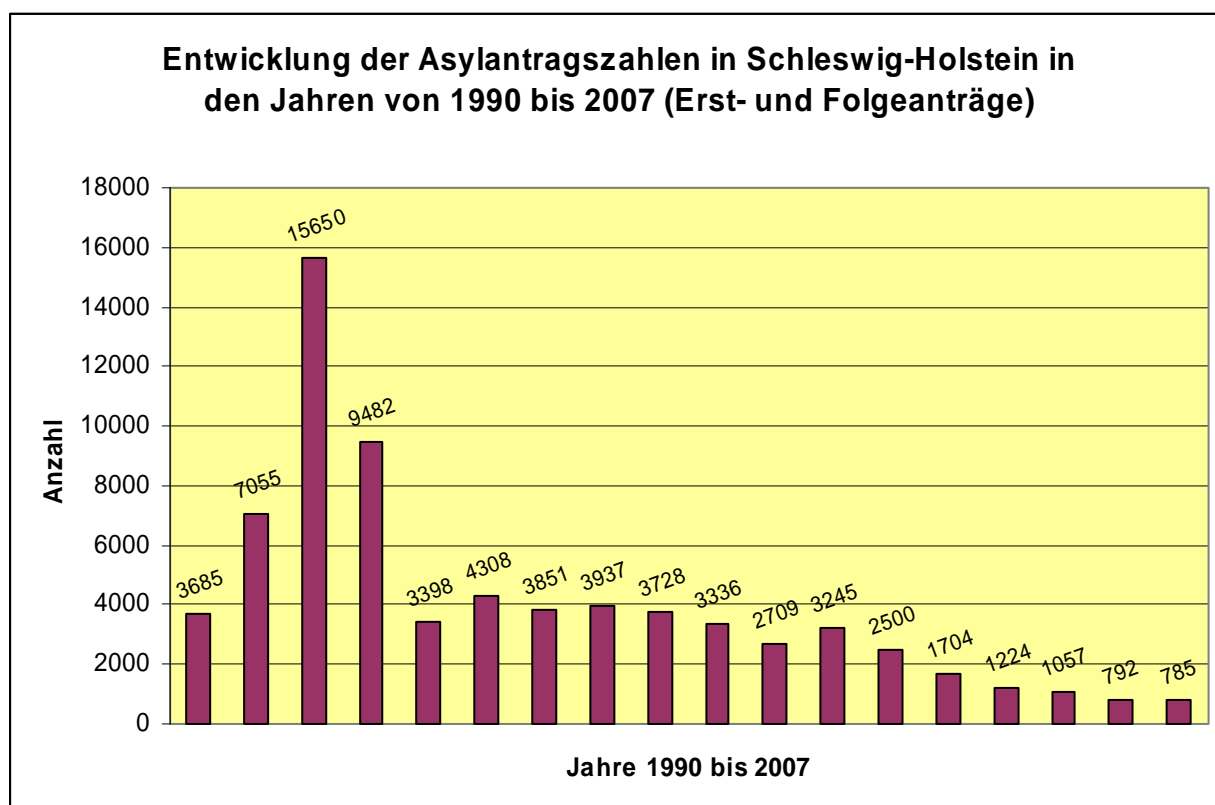
unter Bezugnahme auf den Landtagsbeschluss vom 30.04.2004 (Drs. 15/3352), übersende ich Ihnen den Bericht des Innenministeriums über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Schleswig-Holstein im Jahre 2007.

Die Vorlage des aktuellen Asylberichts verbinde ich mit der Bitte, die weitere Notwendigkeit der Berichterstattung zu prüfen und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag, der den Berichtsauftrag erteilt hat, zu empfehlen, einen Verzicht auf die künftige Vorlage des Asylberichts zu beschließen.

Als der Landtag in seiner Sitzung am 08.10.1993 die Landesregierung mit der Vorlage eines künftig fortzuschreibenden Asylberichts beauftragte, war gerade der höchste Zustrom an Asylsuchenden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu bewältigen. Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein. Die dem Land per festgeschriebener Quote zugewiesenen Asylbewerber mussten mit einem hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand für das Land sowie die Kreise, Städte und Gemeinden

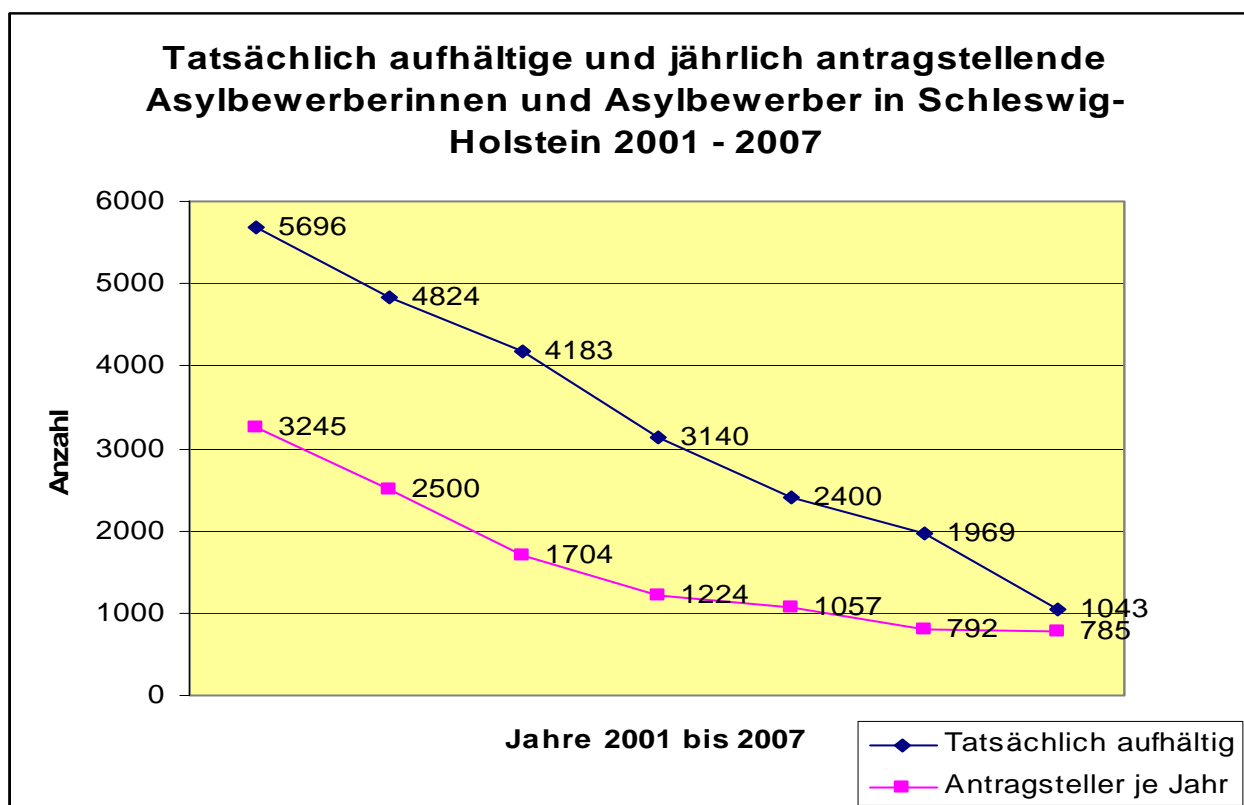
menschenwürdig untergebracht und versorgt werden. Die daraus resultierenden Problemlagen haben eine umfassende Information des Landtages zweifellos erfordert.

Zwischenzeitlich hat sich die Gesamtsituation jedoch grundlegend verändert. Durch Anpassungen der nationalen Asylgesetzgebung und veränderte Gegebenheiten in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und entsprechenden Verlagerungen dorthin ist die Anzahl der Asylantragsteller in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein signifikant zurückgegangen. Gegenüber dem Jahre 1992 mit 15.650 Asylanträgen sind im Jahre 2007 nur noch 785 Anträge zu verzeichnen gewesen. Dies bedeutet einen Rückgang um nahezu 95%. Selbst dann, wenn die Spitzen des Zuganges zwischen 1990 und 1993 für eine reine Mengenbetrachtung außer Acht gelassen werden, sind die Antragszahlen gegenüber dem Jahr 1995 mit 4308 Anträgen um fast 82 % zurückgegangen.



Zwischen 17% und 29% der jährlich registrierten Anträge seit 1995 sind darüber hinaus Asylfolgeanträge. Asylfolgeantragsteller halten sich in der Regel bereits im Bundesgebiet auf. Die Anzahl der neu einreisenden Asylantragstellerinnen und -antragsteller ist damit deutlich niedriger als es die Gesamtzahl der Antragsteller vermuten lässt.

Die vorstehenden Ausführungen beschäftigen sich ausschließlich mit den jährlich registrierten Asylerst- und Asylfolgeanträgen. Die Anzahl der tatsächlich aufhältigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber ist aufgrund unterschiedlich langer, aber regelmäßig deutlich mehr als ein Jahr dauernder Verfahren naturgemäß deutlich höher. Aber auch hier hat sich in den vergangenen Jahren durch den allgemein zu verzeichnenden Rückgang an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie durch Verfahrensbeschleunigungen sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch beim Verwaltungs- und Obergericht eine Veränderung ergeben. Die Anzahl der tatsächlich aufhältigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber nähert sich der Zahl der jährlichen Antragsteller immer mehr an.



Der deutlich erkennbare Rückgang der tatsächlich in Schleswig-Holstein aufhältigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat den Effekt, dass damit die jährlich für diesen Personenkreis aufzuwendenden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ebenfalls rückläufig sind. Dies kommt sowohl dem Land als auch den Kommunen zugute.

Daneben hat auch der organisatorische Aufwand für die Kreise, Städte und Gemeinden hinsichtlich der Unterbringung und Betreuung der Betroffenen ein Maß erreicht, das nicht mehr als besondere Belastung betrachtet werden muss.

Festzustellen bleibt damit, dass sich die Ausgangslage, die eine regelmäßige Unterrichtung des Landtages über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Schleswig-Holstein erforderlich machte, zwischenzeitlich soweit zur Normalität verändert hat, dass eine weitere Berichterstattung nach meiner Auffassung entbehrlich erscheint.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lothar Hay

**Innenministerium  
des Landes  
Schleswig-Holstein**

***Bericht des Innenministeriums  
zur zahlenmäßigen Entwicklung und Situation  
von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern  
in Schleswig-Holstein  
im Jahre 2007***

Landtagsbeschluss vom 30.04.2004  
Drucksache 15/3352

Herausgeber:  
Innenministerium des  
Landes Schleswig-Holstein  
Referat IV 60  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

Juni 2008

**Vorbemerkung:**

Unter dem Eindruck von Rekordzahlen bei den bundesweit gestellten Asylanträgen in den Jahren 1992 (438.191) und 1993 (322.599) sowie im Zusammenhang damit auftretender Probleme insbesondere bei der Unterbringung der Betroffenen und der Bearbeitung von Asylanträgen hat die Landesregierung dem Landtag auf dessen Beschluss vom 08.10.1993 (Drs. 13/1333) jährlich, rückschauend beginnend mit dem Jahr 1990, über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Schleswig-Holstein berichtet. Der Umfang der Berichterstattung hat sich dabei im Laufe der Jahre durch entsprechende Landtagsbeschlüsse an die Entwicklung der Asylbewerberzahlen und an das damit einhergehende veränderte öffentliche Interesse angepasst. Seit dem im Juni 2004 erstellten Bericht über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Schleswig-Holstein im Jahre 2003 wird der entsprechende Landtagsbeschluss vom 30.04.2004 (Drs. 15/3352) umgesetzt.

Wie im Bericht für das Jahr 2006 wird in der Antwort auf Frage 1 die Zugangsentwicklung der letzten fünf Jahre dargestellt, um den aktuellen Bericht in die Entwicklung der letzten Jahre einordnen zu können. In den weiteren Antworten wird in Fortführung der bisherigen Berichte die Entwicklung im Berichtszeitraum aufgezeigt.

**1. Wie viele Asylanträge wurden jeweils in den vergangenen vier Jahren und im aktuellen Jahr gestellt?**

Die Anzahl der in Schleswig-Holstein gestellten Asylanträge ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle. Zum Vergleich sind die Zahlen für das Bundesgebiet daneben gestellt.

	Erstanträge		Folgeanträge		Gesamt	
	SH	Bund	SH	Bund	SH	Bund
<b>2003</b>	1.353	50.563	351	17.285	1.704	67.848
<b>2004</b>	945	35.607	279	14.545	1.224	50.152
<b>2005</b>	780	28.914	277	13.994	1.057	42.908
<b>2006</b>	637	21.029	155	9.071	792	30.100
<b>2007</b>	575	19.164	210	11.139	785	30.303
<b>2008 1. Quartal</b>	182	5.866	45	1.803	227	7.669

Die Zahl der im ersten Quartal 2008 bundesweit gestellten Erst- und Folgeanträge ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1.200 Personen (18,6 %) angestiegen.

**2. Welches waren die wesentlichen Herkunftsländer der Antragstellerinnen und Antragsteller?**

Die Asylsuchenden, die in Schleswig-Holstein ihren Asylantrag (Erst- und Folgeanträge) stellten, kamen im Jahre 2007 aus den folgenden zehn Hauptherkunftsländern:

Herkunftsstaat	Antragsteller
Irak	210
Türkei	105
Aserbajdschan	65
Russische Föderation	62
Iran	52
Serbien	49
Syrien	38
Vietnam	32
Afghanistan	25
Pakistan	19

**3. Wie viele dieser Anträge wurden positiv beschieden (ebenfalls aufgeschlüsselt nach Ländern)?**

Angaben über Entscheidungen im Asylverfahren differenziert nach Herkunftsländern liegen nur für das Verwaltungsverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor. Dabei wird nicht nach dem Jahr der Antragstellung unterschieden. Nachstehende Übersicht enthält daher nicht in Asylgerichtsverfahren vorgenommene Abänderungen der Entscheidungen des Bundesamtes. Positive Entscheidungen des Bundesamtes über den Asylantrag, in denen entweder eine Asylberechtigung nach Art. 16a GG einschließlich Familienasyl nach § 26 AsylVfG oder eine sonstige politische Verfolgung nach § 60 Abs. 1 AufenthG festgestellt wurden, verteilten sich im Jahre 2007 bei den Asylsuchenden, die ihren Asylantrag (Erst- oder Folgeantrag) in Schleswig-Holstein gestellt hatten, auf folgende Herkunftsländer:

<b>Herkunftsstaat</b>	<b>Anerkennungen nach</b>	
	<b>Art. 16a GG</b>	<b>§ 60 Abs. 1 AufenthG</b>
Iran	5	8
Irak	4	62
Jemen	1	0
Türkei	0	12
Syrien	0	10
Russische Föderation	0	7
Afghanistan	0	6
Aserbaidshon	0	3
Pakistan	0	1
Georgien	0	1
Ungeklärt	1	0
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>110</b>

Die durchschnittliche Anerkennungsquote in den Verwaltungsverfahren des Bundesamtes - bezogen auf alle seine Entscheidungen im Bundesgebiet - lag im Jahre 2007 zu Art. 16a GG bei 1,1 % und zu § 60 Abs. 1 AufenthG bei 24,1 %.



**4. Wie viele Asylbegehrende wurden nach rechtskräftigem Abschluss des Asylverfahrens in Abschiebehaft genommen, und wo wurden sie zu diesem Zweck untergebracht?**

Voraussetzung für die Durchsetzung der Ausreisepflicht nach abgelehntem Asylantrag ist nicht die Rechtskraft der Ablehnungsentscheidung, sondern die Vollziehbarkeit der mit der Entscheidung verbundenen Abschiebungsandrohung nach § 34 AsylVfG oder die Zustellung der Abschiebungsanordnung nach § 34 a AsylVfG. Asylsuchende, deren Antrag unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet ist oder deren Folgeantrag nicht zur Durchführung eines weiteren Verfahrens führt, werden schon vor einer bestands- oder rechtskräftigen Ablehnungsentscheidung vollziehbar ausreisepflichtig (§§ 36, 67, 71, 75 AsylVfG).

Sind vollziehbar ausreisepflichtige Personen nach § 58 AufenthG abzuschicken und liegen die Voraussetzungen nach § 62 AufenthG vor, sind sie in Abschiebungshaft zu nehmen. Diese wird – auch bei Personen, die ohne vorausgegangenes Asylverfahren aus anderen Gründen vollziehbar ausreisepflichtig geworden sind – im Wesentlichen in der seit 2003 betriebenen Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg vollzogen, in der 56 Haftplätze zur Verfügung stehen. Dort wurden im Berichtszeitraum insgesamt 287 vollziehbar ausreisepflichtige Abschiebungshaftgefangene aufgenommen. Hiervon wurden 9 Personen in die Justizvollzugsanstalt Kiel oder in Justizvollzugsanstalten anderer Bundesländer verlegt. Die Verlegungen in die Justizvollzugsanstalt Kiel erfolgten unter anderem aus Gründen der medizinischen Versorgung, aus Sicherheitsgründen oder wegen eklatanter Verstöße gegen die Hausordnung der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg.

Über die Belegung der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg hinaus wurden im Jahre 2007 dreizehn Abschiebungshaftgefangene in der Abschiebungshafteinrichtung Eisenhüttenstadt untergebracht, darunter 12 Frauen. In der Jugendanstalt Neumünster wurden im Berichtszeitraum 3 ausreisepflichtige Abschiebungshaftgefangene aufgenommen, davon in einem Fall aus der Zuständigkeit schleswig-holsteinischer Ausländerbehörden.

Soweit in relativ wenigen Fällen unmittelbar im Anschluss an eine Untersuchungs- oder Strafhaft Abschiebungshaft angeordnet wurde, wurde diese in den Justizvollzugsanstalten des Landes durchgeführt.

**5. Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber wurden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes untergebracht, und wie war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in diesen Unterkünften?**

Im Jahre 2007 sind in Schleswig-Holstein insgesamt 631 Asylbewerberinnen und Asylbewerber neu aufgenommen worden. Dies waren 8,4 Prozent weniger als im Jahre 2006. Die Zahl der in der Erstaufnahmeeinrichtung Lübeck aufgenommenen Personen entsprach mit 476 Personen fast der Aufnahme des Vorjahres (475 Asylsuchende).

Der Aufenthalt von Asylsuchenden in Aufnahmeeinrichtungen ist nach § 47 Abs. 1 AsylVfG auf längstens drei Monate begrenzt. Die Asylbegehrenden hielten sich im Jahre 2007 durchschnittlich 82 Tage in der Erstaufnahmeeinrichtung auf.

Die Unterbringung in einer zugeordneten Gemeinschaftsunterkunft des Landes unterliegt grundsätzlich keiner zeitlichen Begrenzung. Tatsächlich betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Asylbegehrenden in der zugeordneten Gemeinschaftsunterkunft Neumünster durchschnittlich 421 Tage, in der zugeordneten Gemeinschaftsunterkunft Lübeck durchschnittlich 312 Tage.

**6. Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber wurden auf die Unterbringungseinrichtungen der Kommunen verteilt und mit welchen Quoten erfolgte bzw. erfolgt die Zuweisung an die Kreise und kreisfreien Städte?**

Die Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf die Kreise und kreisfreien Städte richtet sich nach der *Landesverordnung zur Regelung von Aufgaben und Zuständigkeiten der Ausländerbehörden und bei der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen und zur Einrichtung und dem Verfahren einer Härtefallkommission (Ausländer- und Aufnahmeverordnung - AusAufnVO) vom 19. Januar 2000, zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Januar 2005 (GVObI. Schl.-H. 2005 S. 9).*

Auf die Kreise und kreisfreien Städte wurden im Jahre 2007 insgesamt 405 Asylbegehrende verteilt:

<b>Kreis/Kreisfreie Stadt</b>	<b>Anzahl Asylbegehrende</b>	<b>Quote 2007</b>	<b>Quote nach § 7 Ausl- AufnVO</b>
Flensburg	18	4,4 %	3,10 %
Kiel	41	10,1 %	8,70 %
Lübeck *)	7	1,7 %	7,80 %
Neumünster *)	11	2,7 %	3,00 %
Dithmarschen	20	4,9 %	4,90 %
Herzogtum Lauenburg	35	8,6 %	6,30 %
Nordfriesland	25	6,2 %	5,80 %
Ostholstein	32	7,9 %	7,20 %
Pinneberg	42	10,4 %	10,40 %
Plön	22	5,4 %	4,70 %
Rendsburg-Eckernförde	40	9,9 %	9,60 %
Schleswig-Flensburg	34	8,4 %	7,00 %
Segeberg	38	9,4 %	8,90 %
Steinburg	24	5,9 %	4,90 %
Stormarn	16	4,00 %	7,70 %

\*) In den kreisfreien Städten Lübeck und Neumünster sind Unterbringungsplätze in der Erstaufnahmeeinrichtung und den zugeordneten Gemeinschaftsunterkünften anzurechnen (§ 7 Abs. 4 AuslAufnVO).

## **7. Wie viele Unterbringungsplätze sind in den schleswig-holsteinischen Aufnahmeeinrichtungen vorhanden, und wie hoch ist ihre Auslastung in der Tendenz?**

In den Liegenschaften „Vorwerk“ in Lübeck sowie „Haart“ in Neumünster werden folgende Einrichtungen und Unterkünfte betrieben:

- Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (EAE Asyl Lübeck)
- Zwei der EAE Asyl Lübeck zugeordnete Gemeinschaftsunterkünfte (ZGU Asyl Lübeck, ZGU Asyl Neumünster)
- Aufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und Jüdische Zuwanderer (AE Spätaussiedler / Jüdische Zuwanderer Neumünster)
- Aufnahmeeinrichtung für nach § 15a AufenthG unerlaubt eingereiste Ausländer (AE § 15a AufenthG Neumünster)

- Eine der AE § 15a AufenthG Neumünster zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft (ZGU § 15a AufenthG Neumünster)
- Gemeinschaftsunterkunft für Ausreisepflichtige Neumünster

Liegenschaft	Unterbringungska- pazität (Plätze) *)	Belegung im Durchschnitt	Belegung in %
„Vorwerk“ Lübeck	maximal 550 tatsächlich 300 *)	212	39 % (bei 550) 71 % (bei 300) *)
„Haart“ Neumünster	maximal 500 tatsächlich 300 *)	281	56 % (bei 500) 94 % (bei 300) *)
Landesliegen- schaften gesamt	maximal 1.050 tatsächlich 600 *)	493	47 % (bei 1.050) 82 % (bei 600) *)

\*) Die Liegenschaften sind personell auf eine Belegung von 300 (zusammen 600) Personen ausgerichtet.

**8. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind derzeit im Landesamt für Ausländerangelegenheiten tätig und welche Entwicklung des Personalbedarfs erwartet die Landesregierung für die Zukunft?**

Im Jahre 2007 waren insgesamt 42 Planstellen vorhanden (davon zum Stichtag 31.12. 34 besetzt, hiervon 7 in Teilzeit). Der künftige Personalbedarf ist abhängig von der für 2009 angestrebten Neustrukturierung des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten.

**Hinweise auf ergänzende Informationsquellen:**

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

**Verschiedene Teilstatistiken zu den Themen Migration, Asyl und Integration**

<http://www.bamf.de/> (Statistik)

**Bericht über die Tätigkeit der Härtefallkommission Schleswig-Holstein im Jahre 2007**

[http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Portal\\_node.html\\_nnn=true](http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Portal_node.html_nnn=true)

( Landesregierung und ihre Ministerien >Innenministerium > Zuwanderung und Integration > Härtefallkommission)

**6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland**

<http://www.bundesregierung.de> (Integrationsbeauftragte > Service > Statistiken)